

Rassistischer Alltag

Bad Grund. In dem Harzdorf kamen am 23. Oktober '99 ca. 300 AntifaschistInnen und Flüchtlinge zu einer Wanderkundgebung zusammen. Anlaß für die Aktion war der Überfall auf ein AsylbewerberInnenheim zwei Wochen zuvor, bei dem einem Flüchtling mit einem Baseballschläger fast der Schädel zertrümmert worden war. Polizei und Verwaltung reagierten so auf das Geschehene, wie man es von ihnen auch sonst kennt: Der Gemeindedirektor Bernd Boysen bestritt eine Zugehörigkeit der Täter zur rechten Szene – weil es in Bad Grund gar keine gäbe. Die Polizei möchte in dem Überfall viel lieber einen Drogenkrieg zwischen ausländischen Dealern sehen. Anhaltspunkt hierfür sollen zwei Gramm Marihuana sein, die bei insgesamt drei (!) ansonsten ergebnislosen Razzien in dem Flüchtlingswohnheim gefunden wurden. Die Botschaft ist eindeutig: jeder Schmutz-fleck auf der weißen Weste Bad Grunds kommt von außen. So werden wieder einmal Opfer und Täter vertauscht. Der rassistische Terror beginnt dabei nicht mit faschistischen Überfällen: Bereits vorher hatte sich die Verwaltung mit Maßnahmen gegen die Flüchtlinge her-vorgetan. So wurden beispielsweise alle dunkelhäutigen AsylbewerberInnen in einem abgelegenen Haus im Wald untergebracht, dem sogar ein Türschloß fehlte - praktisch eine Einladung für alle Stiefelfaschisten der Region. Die Kundgebung hatte deshalb zum Ziel, den rassistischen Normalzu-stand anzuprangern. Die zahlrei-chen Redebeiträge konzentrierten sich vor allen Dingen auf die Rollen, die Polizei und Stadtverwaltung bei dessen Durchsetzung wahrnehmen, sowie die via Regionalpresse ge-schürte rassistische Hetze gegen die Flüchtlinge sowohl vor, als auch

Eine der schwersten Aufgaben für autonome AntifaschistInnen am 6. Novem-ber ist es, nicht in einer Gleichsetzung mit den Nazis unterzugehen, aber dennoch glaubwürdi-ge Politik zu betreiben. Die Erfahrungen aus an-deren Städten zeigen, dass es Polizei und bürger-lichen Kräfte oft gelingt als „demokratische Mit-te“ zwischen zwei Extremen zu erscheinen. Auch in Göttingen hat die Stadtverwaltung bereits die-se Linie eingeschlagen: Die Verbotungsverfügungen werden mit potentiellen Auseinandersetzungen zwischen Linken und Rechten begründet. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung könne nicht gewährleistet werden, nur von der Bündnisaktion geht aus Sicht der Stadt keine Gefahr aus. Sollte es bei den Verboten bleiben, ist die Totalitarismus- these wieder einmal als Bild produziert worden. Diesem entgegenzuwirken heisst, dass auf dem Bahnhofsvorplatz autonome AntifaschistInnen präsent sind und in weitere Aktionen nach Mög-lichkeit alle fortschrittlichen Kräfte eingebunden werden. Beispiel dafür ist ein „Aufruf zur Zivil- courage“, in dem sich Göttinger BürgerInnen auch für Blockaden des Nazi-Aufmarsches ausspre-chen. Egal ob es bei den Verboten bleibt oder nicht, droht eine polizeistaatliche Machtdemon- stration, wie es sie in Göttingen schon lange nicht mehr gegeben hat. Entweder werden die Verbote mit aller Gewalt durchgesetzt oder der Nazi-Auf- marsch. In beiden Fällen gilt es zu zeigen, dass die Polizei nicht alles unter Kontrolle hat, aber auch die eigenen Inhalte in die Öffentlichkeit zu tra- gen. Deutlich werden muss, dass die Polizei ihre Rolle als Schützerin der Faschisten wahrnimmt und das in Gegnerschaft zu legitimen antifaschi- stischen Aktionen. Das „Böse“ darf nicht auf die vermeintlichen Extreme projiziert werden kön- nen. Der „Feind“ aller fortschrittlichen Kräfte muss rechts stehen. Schließlich geht es hier um Organisatonen, die für alltäglichen faschistischen Terror stehen, der nicht selten Tote fordert. Sie stehen aber auch für den Versuch, faschistisches Gedankengut in der Öffentlichkeit etablieren zu wollen. Gerade Aufmärsche sollen den Zweck er- füllen, öffentliche Räume zurückzuerobern. Aufgabe aller antifaschistisch denkenden Men- schen ist es, diesem Vorhaben einen Strich durch die Rechnung zu machen.

zusammen, auf allen ebenen, mit allen mitteln.

TERMINE gegen den Nazi- Aufmarsch

Donnerstag • 4. November 99

Veranstaltung „Kein Fußbreit den Faschis- ten!“ mit Patrick Humke (Ratsherr, PDS/ Linke Liste), Helmhard Ungerer (Ratsherr, B'90/Die Grünen), VertreterInnen des SchülerInnenbündnis gegen Rassismus und der Autonomen Antifa [M]

Apex • Burgstr. 46 • 20 Uhr

Party „Volle Kanne gegen Nazis“

Verfügungsgebäude • Platz der Göttinger Sieben • 22 Uhr

Freitag • 5. November 99

Rock gegen rechts mit Schmutzige Taten, Mäc Mær, Abnorm? und anderen

KAZ-Platz • 16 Uhr

Letztes Vorbereitungstreffen

JuzI • Bürgerstr. 41 • 19 Uhr

Konzert gegen Nazi-Aufmarsch mit Herzer, Wow & Flatter, Celestial Daffodils, Koffie, MGV Liederkranz, The Surfing Gods und Streetwise • Eintritt 10 DM

musa • Hagenweg 2 • 20 Uhr

Samstag, 6. November 99

Blockaden und Demonstration gegen den Nazi-Aufmarsch

ab 9 Uhr • Info-Telefon: 0177/4 81 47 07

Bündniskundgebung und Demonstration

Bahnhofsvorplatz • 12 Uhr

Vollsküchen und Informationen



Die Rolle der Polizei bei Nazi-Aufmärschen: Knüppelinsatz gegen Antifas - hier bei der

2. Oktober 99 Tag des revolutionären Antifaschismus?!

Polizeiprovokationen gegen

Göttingen. Deutschland im Jahr 10 nach der „Wende“: Eine rot-grüne Bundesregie- rung führt den wiedervereinigten Staat – noch recht ungeübt – ins Euroland und die „schöne, neue“ Weltordnung, in der Hitler im Irak lebt und Auschwitz in Serbien liegt. Damit die EinwohnerInnen der Fest- tung Europa auf diesem schweren Weg ihre innere Si- cherheit nicht verlieren oder gar den Kapitalismus ab- schaffen wollen, werden der Polizeiapparat und rassi-

stische Denkmuster weiter ausgebaut.

Dass es trotz alledem Widerstand gibt, der sich nicht mit diesem Normalzustand abfinden will, wurde in diesem Jahr nicht nur in Göttingen, sondern auch in Nürnberg auf die Straße getragen. Gleichzeitig gingen in Köln an die tausend Menschen gegen den Nazi- Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung auf die Straße.